

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 1520-0  
Telefax: 886 846 pbbn d  
Telefax: 9 1520-12

## Inhalt

Ulla Schmidt MdB zur Prognos-Studie über die "Situation alleinerziehender Frauen in NRW": Armut ist weiblich.

Seite 1

Monika Ganseforth MdB zum Stand der US-Umweltpolitik: Wende in der amerikanischen Umweltpolitik.

Seite 2

Joachim Wahnschaffe MdL zur Lage der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie: Die Arbeitsplätze in der bayerischen Textilindustrie nicht auf dem Altar des Freihandels opfern.

Seite 4

48. Jahrgang / 140

27. Juli 1993

### Armut ist weiblich

Zur Prognos-Studie "Situation allein erziehender Frauen in NRW"

Von Ulla Schmidt MdB

SPD-Sprecherin für Gleichstellungspolitik und Mitglied der Kommission "Regierungsprogramm '94"

Ob Bundesregierung oder Unternehmer: Beide nützen in der Rezession jede Gelegenheit, um soziale Leistungen zu kippen. Für das Loch in Theo Waigels Haushaltskasse sollen größtenteils die Schwächsten aufkommen, die damit immer weiter an den Rand der Gesellschaft abgedrängt werden: die Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Dahinter steckt die - ebenso falsche wie zynische - Annahme, nur Arbeitsscheue seien arbeitslos und Sozialhilfe begünstige ohnehin den Zustrom von Ausländern.

Hierzu lieferte das renommierte Prognos-Institut erst dieser Tage aktuelle Daten aus Nordrhein-Westfalen. Dort lebt annähernd jede zweite alleinerziehende Mutter (42 Prozent) mit minderjährigen Kindern an oder unter der Armutsgrenze. Die Sozialhilfeschwelle wird derzeit bei rund 1.400 DM angesetzt - und vor diesem Hintergrund nehmen sich die von der Bundesregierung angekündigten Kürzungen bei der Sozialhilfe wahrhaft makaber aus.

Armut ist weiblich - diese bedrückende Feststellung gilt auch für das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik. Und trotz des ihnen zustehenden Anspruchs auf Sozialhilfe scheuen Frauen den Gang auf das Sozialamt. Auch darin unterscheiden sich die alleinerziehenden Mütter in Nordrhein-Westfalen keineswegs vom Verhalten aller Frauen mit niedrigem Einkommen.

In den letzten Jahren ist dort der Anteil der alleinerziehenden Mütter, die trotz sehr kleiner Kinder einer Erwerbstätigkeit nachgingen, von 46 Prozent auf 56 Prozent angestiegen. Fast Zweidrittel dieser erwerbstätigen Frauen arbeiteten ganztags, jede dritte Alleinerziehende, die Kinder unter drei Jahren zu versorgen hatte, ging einer beruflichen Tätigkeit nach.

Abgesehen von der beträchtlichen Belastung dieser Mütter unterstreichen die Zahlen deutlicher als Worte, wie unverzichtbar der Ausbau von Kindergärten und Kinderhorten ist, durch die Mütter überhaupt erst in die Lage versetzt werden, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed on recycled paper  
with minimum chlorine  
bleaching



Auch wenn die alleinerziehenden Mütter überwiegend ihren Lebensunterhalt selbst verdienen wollen, finden sie häufig nur schlechtbezahlte Tätigkeiten. Damit sind sie in mehrfacher Hinsicht bestraft: Die Frauen haben kaum ein Auskommen für sich und ihre Kinder und schon jetzt ist ihre noch größere Armut im Alter vorprogrammiert. Das Einkommen ist zu niedrig, um eine ausreichende Altersversorgung aufzubauen; Zeiten der Kinder werden ihnen nicht rentensteigernd angerechnet, da der Argumentation der Regierungskoalition zufolge durch die Kindererziehung keine Beitragslücken entstanden sind. Jede alleinerziehende berufstätige Frau könnte mit ihrem kindererziehungsbedingten Mini-Einkommen sehr rasch eine eindrucksvolle Gegenrechnung aufmachen.

Diejenigen, die überwiegend von Sozialhilfeleistungen leben, wie dies für jede fünfte alleinerziehende Frau mit minderjährigen Kindern in Nordrhein-Westfalen zutrifft, können nicht noch Kürzungen verkraften, wie sie vom Bundesfinanzminister Walgel realitätsfern am grünen Tisch eronnen wurden. Wenn beispielsweise eine Familie mit zwei Kindern derzeit 1.700 DM Sozialhilfe erhält, wären es künftig nur noch 1.649 DM. Zu dieser Kürzung von drei Prozent ist noch die Teuerungsrate von vier Prozent zu addieren - was einem realen Kaufkraftverlust von mindestens sieben Prozent entspricht.

Ich erinnere die Bundesregierung und die sie tragende CDU/CSU-Fraktion an die von ihnen angestrebte Paragraph 218-Entscheidung. Das BVG hat sehr konkret kinder- und familienfreundliche Maßnahmen eingefordert, die auch in Zeiten knapper Mittel nicht dem Rotstift zum Opfer fallen dürfen. Hierzu gehören zweifelsohne Sozialhilfeleistungen, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an Familien, hierunter fallen aber auch Kinderbetreuungseinrichtungen. Für die anstehende Sanierung eines desolaten Staatshaushalts, den die Bundesregierung zu verantworten hat, gibt es andere, leistungsstärkere Einkommensgruppen, die höhere finanzielle Belastungen zu tragen imstande sind.

(-/27. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### Wende in der amerikanischen Umweltpolitik

Die ersten Ansätze einer geänderten Umwelt-, Natur- und Energiepolitik sind sichtbar

Von Professor Monika Ganselorth MdB  
Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der  
Erdatmosphäre"

Noch vor einem Jahr auf der Umweltkonferenz in Rio waren die USA, das Land mit dem höchsten Energieverbrauch der Welt, und ihr Präsident Bush die größten Bremsen. Das amerikanische Volk wählte im November 1992 mit Präsident Clinton eine neue Regierung, die, wie der Vize-Präsident Al Gore in seinem Buch "Weg zum Gleichgewicht - ein Marshallplan für die Erde" beschreibt, Umwelt- und Klimaschutzpolitik auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Neun Monate nach dem Regierungswechsel hat sich das politische Klima in der Umwelt-, Natur- und Energiepolitik grundlegend geändert - sowohl durch den Präsidenten als auch durch den Vize-Präsidenten. Das bestätigen übereinstimmend bei Gesprächen in Washington Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ministerien, der Wissenschaft und von Umweltinstituten und Agenturen sowie von Umweltverbänden.

#### **Geänderte Haushaltsansätze**

1994 ist beispielsweise der Ansatz des Haushalts für den Energiesektor mit mehr als drei Prozent überproportional gestiegen. Die Steigerung des Ausgabenansatzes für Energieeffizienz wie Wärmeschutz und Beleuchtungsvorschriften stieg gar um 34,95 Prozent. Für bessere Technik fossiler Kraftwerke (Kohle und Gas) beträgt die Steigerung 52,9 Prozent. Auch Ansätze für regenerative Energien und Energieforschung werden überproportional steigen. Das alles wird zu Lasten der Atomenergie

gehen, die an Bedeutung verlieren wird. Dafür wurden drei Gründe genannt: Atomenergie ist zu teuer, sie wird von der Bevölkerung nicht akzeptiert und die Entsorgung ist nicht gesichert. Gegen die vorgesehene Endlagerung abgebrannter Brennelemente im Gestein in Nevada gibt es großen Widerstand. Die Ausgaben für die Atomwaffenproduktion werden sogar um 17,5 Prozent zurückgeführt.

#### **Energiesteuer kommt nicht**

Nicht durchsetzen können hat die Regierung die geplante Energiesteuer. Obwohl die von der EG vorgesehene CO<sub>2</sub>-Energiesteuer dann größere Realisierungschancen hätte, wird in Amerika dieses marktwirtschaftliche Instrument im Gesetzgebungsverfahren zwischen Kongreß und Senat zerpfückt. Einflußreiche Interessengruppen laufen - wie bei uns - dagegen Sturm. Auch wenn in beiden Häusern demokratische Mehrheiten bestehen, halten sich die Abgeordneten nicht an die Vorstellung ihrer Partei. Beispielsweise ist im Wahlkreis des demokratischen Sprechers des Repräsentantenhauses ein Aluminium-Unternehmen der größte Arbeitgeber. So wundert es nicht, daß für Aluminium- und Chemiebetriebe eine Energiesteuerbefreiung vorgesehen ist. Der Senat wiederum hat nur eine Benzinsteuern von viel geringerem Volumen beschlossen. So wird es wohl keine allgemeine Energiesteuer geben.

#### **Nationaler Aktionsplan zur Stabilisierung der Treibhausgasemissionen**

Die Clinton-Regierung will die Treibhausgasemissionen mit ihren großen Steigerungsraten so zurückfahren, daß im Jahr 2000 der Stand von 1990 nicht überschritten wird. Dazu wird ein nationales Aktionsprogramm erarbeitet, das im Herbst vorgelegt wird. Es soll mit möglichst wenigen Vorschriften und Verordnungen auskommen und möglichst kostengünstig für Regierung, Bevölkerung und Industrie sein.

Verbesserte Wärmeschutzvorschriften für private und öffentliche Gebäude, durchgreifende Maßnahmen zur Förderung des Umsteigens vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrgemeinschaften, eine Umstellung der Regierungsfahrzeugflotte auf Gas, Beratung, Verbrauchsstandards für elektrische Geräte werden Teil dieses Programms sein. Dazu kommt eine forcierte Aufforstung als CO<sub>2</sub>-Speicher sowie die Nutzung von Methan (CH<sub>4</sub>) aus Mülldeponien und die energetische Nutzung von Biomasse.

#### **Least-Cost-Planning beziehungsweise Energiedienstleistung**

Wichtigstes Element des Aktionsplanes ist das Least-Cost-Planning. Dabei geht es darum, den Zubau neuer Kraftwerke zu vermeiden und statt dessen - wenn es wirtschaftlicher ist - Energiesparmaßnahmen zu finanzieren. Das ist nur erfolgreich, wenn alle Beteiligten - die Verbraucher/innen und die Energieversorger - davon profitieren. Die weniger verkaufte Menge an Strom oder Gas muß für die Energieversorgung durch höhere Preise kompensiert werden. Sie müssen aber niedrig genug sein, damit die Rechnung für die Verbraucher nicht höher ist. Die wichtigste Voraussetzung für sinnvolle Maßnahmen des Least-Cost-Planning ist eine ausreichende Datenbasis, die erarbeitet und laufend verbessert wird.

#### **Es bleibt viel zu tun**

Fast alle unsere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner halten die bisher geplanten Maßnahmen nicht für ausreichend, um das gesteckte Zwischenziel der Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Diese offene und realistische Einschätzung und das Bemühen um seriöse und konkrete Maßnahmen heben sich angenehm von den hierzulande sattsam bekannten vollmundigen Erklärungen der deutschen Regierungsvertreter ab. Nach Vorliegen des nationalen Aktionsplanes werden vermutlich Nachbesserungen erforderlich. Aber die Wende in der amerikanischen Umweltpolitik ist ebenso wie die Bereitschaft, die internationale Verantwortung wahrzunehmen, nicht zu übersehen.

(-/27. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Arbeitsplätze in der bayerischen Textilindustrie nicht auf dem Altar des  
Freihandels opfern**

**Die dramatische Situation erfordert ein Sofortprogramm zur Standortsicherung**

**Von Joachim Wehnemann Mdl.**

Seit dem Jahr 1984 sind in der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie bereits 30.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Wegen der unfairen Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes - tschechische Näherinnen arbeiten beispielsweise für nur ein Zehntel der deutschen Entgelte; ihr Monatslohn beträgt rund 250 Mark - nimmt jetzt der Rückgang der Textilarbeitsplätze im Freistaat beängstigende Formen an: Im ersten Quartal des Jahres 1993 gibt es 13.280 Beschäftigte weniger als in den ersten drei Monaten des Vorjahres, was einen Rückgang um 13 Prozent bedeutet.

Auf Grund der massiven konjunkturellen und strukturellen Probleme muß die Staatsregierung ein Sofortprogramm zur Sicherung der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie beschließen. Dieses Programm muß unverzüglich in die Tat umgesetzt werden und sollte folgende Maßnahmen enthalten:

- o verstärkte Liquiditätshilfen und Landesbürgschaften;
- o die aktive Förderung von strategischen Zusammenschlüssen und Partnerschaften;
- o eine differenzierte branchenbezogene Innovations- und Forschungsförderung;
- o eine bayerische Landesinitiative zur Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Branche;
- o außerwirtschaftliche Absicherungen, um Lohn-Dumping auszuschließen.

Die noch 80.000 Beschäftigten der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie sehen sich einem enormen Wettbewerbs- und Anpassungsdruck ausgesetzt. Beide Branchen sind nach der Elektrotechnik (18,7 Prozent), dem Maschinenbau (14 Prozent) und dem Straßenfahrzeugbau (11,5 Prozent) bei den Beschäftigtenzahlen mit 7,2 Prozent an vierter Stelle im Freistaat.

Der hohe Anteil an weiblichen Beschäftigten und die regionale Konzentration der bayerischen Textilindustrie im östlichen Oberfranken verschärfen mit der nach der Grenzöffnung starken Standortkonkurrenz der Nachbarregionen die Problematik eines schnellen Strukturwandels.

Wir sind nicht gegen die offenen Grenzen. Aber das Heranführen der Wirtschaft der osteuropäischen Staaten an das westliche Niveau muß Schritt für Schritt und regulierend geschehen. Dies darf auf jeden Fall nicht zu Lasten der Arbeitnehmer im Freistaat und ganzer Regionen geschehen. Wir sind nicht bereit, die Arbeitsplätze in der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie auf dem Altar des Freihandels zu opfern.

(-/27. Juli 1993/ka/ks)

\*\*\*\*\*